

Tibet Initiative Deutschland e.V.
Regionalgruppe Hamburg
Kulturhaus Eppendorf
Martinistr. 40
20251 Hamburg
Tel.: 040 / 47 93 47
Fax: 040 / 47 31 19
TID-Hamburg@gmx.de
www.tibet-hamburg.de



Hamburg, d. 5. März 2008

P R E S S E M I T T E I L U N G

M a h n w a c h e

Flagge zeigen für Tibet

**Tibet Initiative Deutschland erinnert an den tibetischen Volksaufstand
gegen die Chinesen am 10. März 1959**

Montag - 10. März 2008 - 17.00 Uhr

**Reesendambrücke
gegenüber dem Hamburger Rathaus**

In diesem Jahr ist am 10. März der 49. Jahrestag des Aufstandes des tibetischen Volkes gegen die chinesische Besatzungsmacht. Nach offiziellen chinesischen Angaben verloren mehr als 87 000 Tibeter ihr Leben. In den Jahrzehnten der Gewaltherrschaft starben insgesamt 1,2 Millionen Menschen. Hunger, Zwangsarbeit, Haft, Folter, Hinrichtungen und die Zerstörung von 6000 Klöstern und Tempeln waren die Folgen der Besetzung und Unterdrückung. Die bis heute anhaltenden Menschenrechtsverletzungen sind barbarisch und ein Schandfleck in der jüngsten Geschichte des chinesischen Volkes.

Es gibt im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking kein Wort der Entschuldigung und des Bedauerns. Vielmehr wird bis zum heutigen Tage die Sinisierung Tibets durch die Regierung der Volksrepublik China vorangetrieben, nicht zuletzt durch den Eisenbahnbau in Tibet. China zementiert die militärische Besetzung, verstärkt die Ausbeutung des Landes und marginalisiert die Tibeter. Tibet ist das Indianerland des 21. Jahrhunderts. Es fehlen nur noch Reservate für exotisch drapierte Tibeter, damit der Tourismus mit menschlichen Schauobjekten bedient werden kann. Wiederaufgebaute Klöster sind bauliche Attrappen. Sie werden ihrer eigentlichen religiösen Bestimmung nicht gerecht. Die tibetischen Mönche und Nonnen gleichen Statisten. Von der in der chinesischen Verfassung verankerten Religionsfreiheit in China und dem besetzten Tibet kann keine Rede sein.

Seit 1996 werden in ganz Europa am 10. März als Zeichen der Solidarität in Städten, Landkreisen und Gemeinden tibetische Flaggen an Rathäusern und öffentlichen Gebäuden gezeigt. In diesem Jahr werden es bundesweit mehr als 900 Flaggen sein. 783 waren es im vergangenen Jahr. In Europa sind es weit über 2000. In Hamburg scheiterten die Bemühungen bislang an der Hamburgischen Flaggenordnung. Es ist wünschenswert, daß mit einer neuen Koalitionsvereinbarung die tibetische Flagge am Rathaus und Gebäuden der Bezirksämter gehißt werden kann. Die Landeshauptstädte Düsseldorf, Hannover, Magdeburg, Mainz, Potsdam, Saarbrücken, Stuttgart und Wiesbaden gehen seit vielen Jahren mit gutem Beispiel voran.

Die Bürger Hamburgs bringen Tibet und seinen Menschen große Sympathie entgegen. Das zeigte sich u. a. beim Besuch des Dalai Lama im Sommer 2007 in der Hansestadt. Die Teilnahme von in Hamburg lebenden Tibetern am Karneval der Kulturen, der Besuch der exiltibetischen Fußballmannschaft im St. Pauli-Stadion am Millerntor und die Protestveranstaltung auf dem Rathausplatz anlässlich des Besuches des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao in Hamburg weckten großes Interesse am Schicksal der Tibeter.

Helmut Steckel, Sprecher der Tibet Initiative Deutschland e.V., Regionalgruppe Hamburg, begrüßt eine Änderung der Flaggenordnung: *„Die tibetische Flagge an öffentlichen Gebäuden der Hansestadt am 10. März würde der Volksrepublik China und der Partnerstadt Shanghai unmißverständlich signalisieren, daß Hamburg die unmenschlichen Haftbedingungen in chinesischen Gefängnissen, die Umerziehungs- und Zwangsarbeitslager, die Folter von Gefangenen und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen an den Tibetern verurteilt. Gerade wenige Monate vor den Olympischen Spielen in Peking gilt es zu beweisen, daß China sich an die internationalen Menschenrechtsnormen hält. China kann nur ein geachtetes und angesehenes Mitglied der Völkergemeinschaft sein, wenn es die Rechte eines jeden Menschen auf Meinungsfreiheit und auf körperliche und geistige Unversehrtheit gewährleistet. Tibetern, Uiguren, Mongolen und anderen Volksgruppen muß die freie und uneingeschränkte Wahrnehmung ihrer Kultur und Religion ermöglicht werden. Falun-Gong-Anhänger, Christen, Dissidenten, Wanderarbeiter und arme Bauern dürfen nicht verfolgt werden.“*

Kontakt:

Helmut Steckel
Tel.: 040 / 47 93 47
Mobil: 0160 / 55 26 356